



Stefan Köster, MdL
Jahrgang 1973

*stellvertretender
Fraktionsvorsitzender
und Parlamentarischer
Geschäftsführer*

Liebe Landsleute,

die Zeit- und Leiharbeit, wie sie heute praktiziert wird, ist genauso wie Hartz-IV ein Produkt der Sozialdemokraten, deren jetzige Landes-Sozialministerin überall soziale Mißstände kritisiert, die Verantwortung ihrer eigenen Partei aber zu gerne unterschlägt. Allerdings ist es gleichgültig, ob die Regierung einen rot-grünen oder schwarz-gelben Anstrich besitzt. Stets fühlen sich die Vertreter der Alt-Parteien nicht dem Wohle des deutschen Arbeitnehmers, sondern häufig nur der Wirtschaft verpflichtet.

Mit diesem Flugblatt zeigen wir Ihnen eine Reihe durchaus praktikabler Lösungen auf, deren Vollzug wir gerade erst im Landtag forderten. Für uns als NPD-Fraktion ist der Einsatz für die Interessen der deutschen Arbeitnehmer eben keine inhaltsleere Worthölse, sondern Teil des Kampfes für ein gerechtes Deutschland.

Ihr Stefan Köster

Machen Sie sich ein eigenes Bild.

Schreiben Sie uns!

Name	
Vorname	Jahrgang
Straße, Nr.	
PLZ, Ort	
Telefon	

V.i.S.d.P.: Udo Pastörs, MdL - Lennéstraße 1, 19053 Schwerin - E.i.S.

☐

Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD-Fraktion und bitte um Übersendung von Infomaterial.

☐

Bitte nehmen Sie mich in Ihren Informationsverteiler auf.

ePost



NPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin



0385-5251322



0385-5251321



info@npd-fraktion-mv.de



www.npd-fraktion-mv.de

**Ausbeutung
durch Leiharbeit
beenden!**



www.npd-fraktion-mv.de





**Soziale Ausbeutung
stoppen!**

**Zeitarbeit ist moderne
Sklaverei!**

Sie knüppeln wie ihre Kollegen, nehmen oft weite Fahrtwege in Kauf und leben dennoch in ständiger Unsicherheit. Sondervergütungen wie Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld sowie Prämien oder Zuschläge für Schicht-, Mehr-, Wochenend- und Feiertagsarbeit erhalten sie häufig nicht.

Diente Leiharbeit anfänglich der Überbrückung von Personalengpässen und der Bewältigung von Auftragsspitzen, hat sie sich in immer stärkerem Maße zu einem modernen Sklavenhandel entwickelt.

Zur gängigen Praxis gehört es u. a., Stammbesetzungen mit gut qualifizierten Arbeitnehmern ausdünnen, um diese dann zu deutlich schlechteren Konditionen wieder einzustellen. So erhalten die ursprünglich unbefristet angestellten Fachkräfte bis zu 900 Euro weniger als unqualifizierte Festangestellte. Laut Angaben des Statistischen Bundesamtes von

Ende 2010 hat sich die Zahl der Leiharbeiter innerhalb von zwölf Jahren von 180.000 auf nunmehr 750.000 erhöht. Medien berichten gar von bis zu einer Million Leiharbeitnehmern in Deutschland.

Es war die SPD unter Bundeskanzler Gerhard Schröder, die gemeinsam mit den Grünen das „Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz I) durchgepeitscht hat.

Zugleich fügten sie ins Arbeitnehmer-Überlassungs-Gesetz eine Klausel ein, die die Abweichung vom Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durch eigenständige Tarifverträge für Zeitarbeiter erst möglich machte.

Und die Linken?

Sie fordern weiterhin den Zustrom von billigen Fremdarbeitern nach Deutschland sowie eine verstärkte Zuwanderung in die sozialen Netze. Zum 1. Mai 2011 tritt auch für die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer der EU die Dienstleistungsfreiheit in Kraft. Dann wird es unter anderem für polnische und tschechische (Billig-) Anbieter von Zeitarbeit möglich sein, in der BRD aktiv zu werden.

Grund genug für die NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern eine parlamentarische Initiative zu starten, um die Ausbeutung der Leiharbeiter zu beenden.

Die NPD-Fraktion fordert:

- ▶ Leiharbeiter sind nach spätestens sechs Monaten in eine Festanstellung zu übernehmen.
- ▶ Das Synchronisationsverbot muß wieder eingeführt werden, damit Zeitarbeiter künftig nicht mehr nur so lange zu beschäftigt sind, wie sie beim „Kunden“ eingesetzt werden.
- ▶ Die Branche der Zeit- und Leiharbeit ist in den Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes aufzunehmen.
- ▶ Das Prinzip „Gleicher Lohn bei gleicher Qualifikation und Ausbildung“ muß ohne Ausnahme durchgesetzt werden.

Abweichungen von diesem Prinzip durch gesonderte Flächen- und Haustarifverträge sind unmöglich zu machen.

▶ Unternehmen, die regelmäßig über einen längeren Zeitraum Leiharbeiter beschäftigen, ohne diese in Festanstellung zu übernehmen, sind mit einer Sonderabgabe zu belegen.

▶ Für Leiharbeiter ist ein Branchen-Mindestlohn einzuführen, der auf jeden Fall mit dem für festangestellte Arbeitnehmer vergleichbar sein muß. Mittelfristig ist auf die Einführung eines branchenunabhängigen, gesetzlichen Mindestlohns hinzuwirken, der dann konsequenterweise den Zeit- und Leiharbeitssektor mit einschließt.